

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 2002**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

**„Damit es endlich vorwärts geht!“**

---

Quelle/Zitierweise:

[http://www.liberales-mv.de/programm/programm\\_141802552004.doc](http://www.liberales-mv.de/programm/programm_141802552004.doc); 12.04.2005

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-76

## Wahlprogramm der FDP in Mecklenburg-Vorpommern

*Damit es endlich vorwärts geht!*

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Mecklenburg-Vorpommern hat viel zu bieten: einsatzbereite, kreative und vielseitige Bürger, eine zentrale Lage im Herzen des neuen Europas, ein großartiges kulturelles Erbe und eine von der Natur bevorzugte Landschaft.

SPD, PDS und CDU haben es in den letzten Jahren nicht geschafft, diese Möglichkeiten zu nutzen. Die rot-rote Landesregierung hat die Situation in den letzten vier Jahren sogar noch verschlimmert:

Mecklenburg-Vorpommern hat die höchste Abwanderung und den niedrigsten Anteil von Selbstständigen. Der Mittelstand schrumpft. Die Landesregierung hat die Ansiedlung von Industriebetrieben wie Airbus und BMW verschlafen; Existenzgründungen und neue, rentable Arbeitsplätze gibt es viel zu wenig. Arbeitnehmer und Arbeitgeber ersticken an einer unüberschaubaren Menge an Gesetzen und Verordnungen. Die Landesregierung hat zu viele Menschen demotiviert und aus dem Land getrieben.

Abwanderung und Abwärtstrend können nur gestoppt werden, wenn wir einen neuen Aufbruch initiieren.

Liberaler Politik heißt, Freiräume und Gestaltungsspielräume für den Einzelnen zu schaffen, und zwar in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: in der Wirtschaft, den Schulen und Hochschulen, in der Kultur. Wenn wir den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit geben, ihre persönlichen Ziele hier im Land mit weniger bürokratischen Hemmnissen als in den anderen Bundesländern zu verwirklichen, bindet das die Menschen an unser Land.

Wir möchten das Potential des Landes und seiner Bürger nutzen, indem wir Bürokratie abbauen, eine bürgernahe Verwaltung schaffen, Schulen und Hochschulen reformieren und ihnen endlich Planungssicherheit geben. Wir werden als Regierungspartei den einzig Erfolg versprechenden Weg beschreiten, die Arbeitslosigkeit drastisch abzubauen:

Steuern senken, Mittelstand stärken, Infrastruktur verbessern, Innovationen und Existenzgründungen fördern. Nur so entstehen Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Nur so kann die Abwanderung gestoppt werden.

Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern fordert eine fünfprozentige Senkung der Steuern in den neuen Bundesländern, um die Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen und die EU- Osterweiterung für den Mittelstand abzufedern.

Wir werden Parteienmacht und Parteienproporz zurückdrängen und die Bürger an unseren Entscheidungen direkt beteiligen. Der Rechtsstaat muss gestärkt werden. Bürger werden mit uns schneller zu ihrem Recht kommen.

Wir setzen uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, insbesondere fordern wir kostenlose KITA- Plätze. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind für uns kein Gegensatz!

Unser Wahlprogramm weist den Weg zum Wechsel durch Reformen!

Herzlichst

Ihr Hans Kreher  
Landesvorsitzender FDP Mecklenburg-Vorpommern

## Aufbruch zur Sozialen Marktwirtschaft

### **Damit es endlich vorwärts geht!**

Wirtschaftspolitische Aufgabe Nr. 1 ist für die FDP die Bekämpfung der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur Einkommensverlust für die Betroffenen und Vergeudung von Ressourcen für die Volkswirtschaft. Sie verletzt vor allem die Würde der Arbeit suchenden Menschen und ihrer Familien und beraubt sie eines wichtigen Teils ihrer Freiheit. Arbeitslosigkeit ist aber nicht nur die größte soziale Ungerechtigkeit, sie lähmt unser Land. Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik und eine gute Sozialpolitik ist die beste Wirtschaftspolitik. Die allerbeste Politik für die gesamte Gesellschaft ist das klare Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft in ganz Deutschland.

Deshalb brauchen wir eine neue Unternehmerkultur, einen neuen Unternehmergeist, eine alle Schichten und Altersgruppen erfassenden Aufbruch. Die FDP wird in diesem Aufbruch eine Kultur des Miteinander fördern. Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Komplexität erfordert starke Kooperation und Dialog zwischen allen Beteiligten in den Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen, in jedem Betrieb, damit wir uns im Wettbewerb um die besten Ideen gegenseitig anregen und vorantreiben. Wir setzen auf die Selbständigkeit, auf das Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen der vielen Einzelnen in unserer Gesellschaft. Nur durch eigene Tatkraft und eigene Ideen werden wir für andere interessant und locken so Investoren ins Land. Daher muss endlich Schluss sein mit der unseligen Trennung von Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik. Die FDP wird deshalb die Anzahl der Ministerien reduzieren und ein Ministerium „Wirtschaft und Arbeit“ bilden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit reichen kurzfristige, kopflose Arbeitsmarktaktionen nicht aus. Wir wollen an den Ursachen ansetzen - an der fundamentalen Wachstums-, Investitions- und Innovationsschwäche, an falschen Strukturen, Fehlanreizen, Verkrustungen und Regelungswut. Das Sozialleistungssystem muss überprüft und reformiert werden. Wir wollen die Menschen aber auch für ein neues Denken gewinnen: für mehr Selbstverantwortung, mehr Bereitschaft zu Veränderungen, mehr Mut.

Die Bundes- und Landesregierung sind dafür verantwortlich, dass sich das wirtschaftliche Umfeld für Mittelstand, Handwerk und Gewerbe erheblich verschlechtert hat. Bedrohlich sind heute insbesondere die mittelstandsfeindlichen Maßnahmen und Gesetze der rot - roten Landesregierung und die Gesetzgebung der rot - grünen Bundesregierung wie die Einführung der Öko-Steuer, das sog. „630-Mark-Job-Gesetz“, das Gesetz gegen die sogenannte Scheinselbständigkeit, die Bauabzugssteuer, das Bildungsfreistellungsgesetz und die Verbandsklage sowie die Regelungen der sogenannten Gesundheitsreform für niedergelassene Ärzte. Diese Regelungen werden auf den Prüfstand gestellt und erforderlichenfalls aufgehoben. Die Notwendigkeit existierender Verordnungen und Gesetze wird überprüft, unnötige Regelungen werden außer Kraft gesetzt. Das Aufbrechen gesetzlicher Strukturen fördert Unternehmergeist.

### **Den 1. Arbeitsmarkt stärken und Schwarzarbeit bekämpfen!**

Reibungsverluste und Konkurrenz zwischen dem 1. und 2. Arbeitsmarkt wollen wir minimieren. Es darf keine Wettbewerbsverzerrungen mehr durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) geben. Aufträge, die von gewerblichen Unternehmen durchgeführt werden können, dürfen nicht mehr durch staatlich subventionierte ABM geleistet werden. Die FDP bekennt sich zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zum

Zwecke der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Die Schwarzarbeit muss konsequent bekämpft werden.

Verschärft wird die schwierige Lage mittelständischer Betriebe in vielen Fällen durch die viel zu schwache Eigenkapitalbasis, die sich in einem drastischen Anstieg der Insolvenzen niederschlägt. Dies nicht zuletzt aufgrund der Schwäche des Wirtschaftswachstums in Mecklenburg-Vorpommern, zum Großteil bedingt durch die Politik der zur Zeit noch amtierenden Landesregierung. Die FDP wird eine Förderstrategie zugunsten des Mittelstandes, Handwerkes und Gewerbes umsetzen, die gezielt die Probleme von kleineren und mittleren Unternehmen lösen hilft. Förderung der Eigenkapitalbildung, Liquiditätshilfen und Unterstützung bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder sind Kernpunkte dieses liberalen Programms. Zur Erhöhung der Exportquote in Mecklenburg-Vorpommern sollen besonders die außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Mittelstandes durch flankierende außenpolitische Maßnahmen und gezielte Exportförderungen unterstützt werden. Die FDP wird sich in Mecklenburg-Vorpommern für den Bestandssicherung der vorhandenen Unternehmen einsetzen und neue Existenzgründungen fördern.

Die Wirtschaftsförderung wird unter dem Motto: Vereinfachen – Vereinheitlichen – Zusammenfügen neu geordnet. Das Zusammenspiel der einzelnen öffentlich - rechtlichen Wirtschaftsförderungseinheiten wird durch exakte Aufgaben- und Verantwortungsfestlegung effizienter und transparenter gestaltet. Subventionen sollen nicht im Gießkannenprinzip, sondern gezielt eingesetzt und nach Möglichkeit begrenzt werden.

Für junge zukunftsorientierte Unternehmen und innovative Existenzgründungen ist ein Innovationsfond aufzulegen. Bürgschaften für unschuldig in Not geratene Mittelstandsfirmen sind auszureichen.

Dringlich ist auch die Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds für mittelständisch geprägte Wirtschaftszweige. In der Baubranche, aber auch in anderen Teilen des Mittelstandes, sind durch die teilweise äußerst schlechte Zahlungsmoral privater und öffentlicher Auftraggeber viele Unternehmen in ihrer Existenz bedroht. Die FDP wird deshalb im öffentlichen Sektor eine fristgerechte Zahlung konsequent durchsetzen. Der Mittelständler darf nicht als Kreditgeber der öffentlichen Haushalte missbraucht werden.

Zur Stärkung der Liquidität erhält der Unternehmer das nicht abbedingbare Recht, nach seiner Wahl, Gewährleistungseinbehalte durch Bankbürgschaften abzulösen. Bankbürgschaften von Subunternehmen sind zu berücksichtigen. Bei privaten Schuldnern wird das Mahn- und das Vollstreckungsverfahren beschleunigt werden.

Um dem Wettbewerb mit unlauteren Mitteln einen Riegel vorzuschieben, muss auch bei uns nach dem Vorbild der Schweiz bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand automatisch das niedrigste Angebot, wenn es mehr als 10% unter dem nächstliegenden Angebot liegt, unberücksichtigt bleiben.

Die maritime Wirtschaft ist eine Schlüsselindustrie unseres Landes und verdient demzufolge besondere Aufmerksamkeit. Die FDP wird sich für eine Modernisierung der Bundesmarine in den Werften Mecklenburg-Vorpommerns einsetzen, um für das Land Umsätze zu generieren und die Kapazitätsbeschränkungen der EU auszugleichen. Eine Landesregierung mit FDP Beteiligung wird sich gegen weltweites Dumping im Schiffbau auf allen politischen Ebenen einsetzen.

Die Privatisierung wird fortgesetzt, wo Privatunternehmen die anstehenden Aufgaben mindestens genauso gut realisieren können wie öffentliche.

Ein entscheidender Faktor zum wirtschaftlichen Aufstieg Mecklenburg-Vorpommerns ist das Investitionsklima für industrielle Ansiedlungen. Das produzierende Gewerbe wird auch in der globalisierten Zukunft ein wichtiger Motor für das wirtschaftliche Wachstum und das Entstehen von Arbeitsplätzen sein. In wirtschaftlichen Ballungszentren leben Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe in hohem Maße von Aufträgen, die – direkt oder indirekt – aus der Industrie stammen. Es ist deshalb fatal, dass es der rot-roten Landesregierung in den letzten Jahren kaum gelungen ist, innovative Betriebe des produzierenden Gewerbes nach Mecklenburg-Vorpommern zu ziehen.

Die FDP wird eine standortpolitische Offensive starten, die auf die Ansiedlung und Neugründung modernster industrieller Fertigungsstätten abzielt. Die nationale und internationale Öffentlichkeit muss endlich umfassend darüber informiert werden, welche Möglichkeiten das Drehkreuz Mecklenburg-Vorpommern für neue Produktionslinien mit hoher Wertschöpfung hat.

Die FDP wird die kontraproduktive Abwanderungsprämie sofort streichen.

Rostock ist schnell zu einem Landes-Messe-Standort zu entwickeln und als technologischer Umschlagplatz zwischen Osteuropa, Skandinavien und Zentraleuropa auszubauen. Darüber hinaus sind die Industrie- und Gewerbeentwicklungsstandorte in Vorpommern, wie Greifswald, Lubmin, Saßnitz, Mukran und Stralsund besonders zu unterstützen.

Für die FDP steht außer Frage, dass es in erster Linie industrielle Innovationen in neuen Technologien sind, die über die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit von Regionen entscheiden. Wir setzen auf Schlüsseltechnologien, die morgen Schlüsselindustrien sein werden. Die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren in enger Kooperation zwischen Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen, Industrie und Produzierendem Gewerbe gehört deshalb zu den zentralen wachstumspolitischen Aufgaben.

Eine spezielle für die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit orientierte Personalförderung wird eingeführt. Die Kompetenz der Ministerien ist durch klare Verantwortungsfestlegung so zu nutzen, dass dadurch unnötige Beraterverträge überflüssig und damit Mittel für Förderung von Forschung und Entwicklung zusätzlich nutzbar werden.

Das gesamte Kammer- und Genossenschaftswesen ist zu reformieren. Die Zwangsmitgliedschaften sind Relikte des 19. Jahrhunderts, sie sind abzuschaffen, gleiches gilt für die Doppelmitgliedschaften.

### Steuern runter – Jobs rauf!

Das heutige Steuer- und Lohnnebenkostensystem ist der Nährboden für Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit, da die Steuern- und Lohnnebenkosten zu hoch, zu kompliziert und ungerecht sind. Das System muss bürgerfreundlich, durchschaubar und nachvollziehbar sein. Nur wenn die Menschen verstehen, was mit ihrem Geld geschieht, sind sie bereit, Steuern zu zahlen. Dies erreichen wir durch unseren Einkommensteuer-Stufentarif:

	<i>West</i>	<i>Ost</i>
<i>Einkommensteile von 0 bis 7.500 Euro</i>	0 %	0 %
<i>Einkommensteile von 7.501 bis 15.000 Euro</i>	15 %	10 %
<i>Einkommensteile von 15.001 bis 40.000 Euro</i>	25 %	20 %
<i>Einkommensteile ab 40.001 Euro</i>	35 %	30 %

Die fünfprozentige Steuersenkung in den neuen Bundesländern gleicht die Lebensverhältnisse in Ost und West an, die ungerechten Lohn- und Gehaltsunterscheide aus und lockt Investoren an. Die Risiken für das Land aus der geplanten EU-Osterweiterung werden so gemindert. Die Sonderregelung ist auf 10 Jahre befristet.

Wichtig ist: Jeder, der über den Null-Steuersatz hinausverdient, zahlt immer nur für den höheren Einkommensteil den höheren Steuersatz. So kann sich jeder seine Steuerbelastung selbst ausrechnen. Bei Ehegatten verdoppeln sich die Einkommensstufen. Ergebnis unseres Tarifs: Der Bürger behält das meiste des verdienten Geldes, er muss nur einen akzeptablen Anteil beim Finanzamt abliefern.

Zur Freistellung des Existenzminimums gibt es für jeden Bürger, also auch für jedes Kind, einen einheitlichen Grundfreibetrag von 7.500 € pro Jahr. Der besonderen Belastung von Familien einschließlich der Alleinerziehenden wird durch diese Verdoppelung des Freibetrags für Kinder Rechnung getragen. Das Kindergeld wird entsprechend angepasst.

Die FDP ist für die Reform der Flächentarifverträge durch flexible Löhne und Gehälter unter Anwendung des Qualitäts- und Leistungsprinzips in ganz Deutschland in allen Branchen einschließlich des öffentlichen Dienstes. Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeit ist abzuschaffen. Eine tarifbedingte Gleichmacherei erweist sich als kontraproduktiv und muss abgestellt werden.

Die FDP setzt sich für die Abschaffung der Gewerbesteuer und der sogenannten Ökosteuern ein.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Jagdsteuer endgültig abgeschafft wird.

Die Finanzausstattung der Kommunen erfolgt durch eine Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen.

Die Landes- FDP begrüßt grundsätzlich die europäische Einigung und die damit verbundene Osterweiterung. Aufgrund der verschleppten Reformen auf dem Arbeitsmarkt, der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, der unzureichenden Steuerreform und der zweckentfremdeten Öko-Steuer in Deutschland sehen die Liberalen große Gefahren für den grenznahen, jetzt schon strukturschwachen Raum. Weniger die freie Wahl des Arbeitsplatzes als vielmehr die Dienstleistungsfreiheit bedroht die mittelständische Wirtschaft und damit Arbeitsplätze in dieser Region. Gerade deshalb mahnen wir die schnellstmögliche Durchsetzung dieser Reformen in Deutschland an. Darüber hinaus hat die Landes- FDP jetzt schon sehr gute Verbindungen zu Parteien und Wirtschaft in Skandinavien und Polen geknüpft, damit die Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen ausgebaut werden können.

### **Agrar- und Forstwirtschaft, Fischerei weiter stärken!**

Die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft sind ein entscheidender Teil der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Unsere großflächigen landwirtschaftlichen Betriebe aller Rechtsformen gehören zum Mittelstand. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie die Jagdgesellschaften haben für die Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft mehr geleistet als jede Öko-Steuer. Bio-Produktion und eine großflächige Landwirtschaft schließen einander nicht aus. Wir brauchen Masse und Klasse. Angesichts der ideologisch geprägten „neuen Agrarpolitik“ der rot-grünen Bundesregierung kämpft die FDP für einen verlässlichen Handlungsrahmen für landwirtschaftliche Betriebe und bekennt sich zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Vorrangiges Ziel ist dabei die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln. Eine überzogene

Propagierung und finanzielle Unterstützung ökologischer Produktion neben der EU-Förderung lehnt die FDP ab. Einseitige Propaganda stört das Marktgleichgewicht.

Die zu Beginn der neunziger Jahre entstandene Agrarstruktur war die Voraussetzung dafür, dass sich die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich der Bundesländer gut entwickelt hat. Nicht zu verkennen sind jedoch die großen Einkommensunterschiede, die in den natürlichen Ertragsbedingungen, den Produktionsschwerpunkten, aber auch in der individuellen Bewirtschaftung ihre Ursachen haben. Landespolitische Instrumente wie der zu befürwortende Vertragsnaturschutz, Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete und Beratung sind hier gezielt einzusetzen.

Mit der Agenda 2000 hat die Europäische Union eine Angleichung an das Preisniveau auf dem Weltmarkt durch ein kompliziertes Ausgleichs- und Kontrollsystem in die Wege geleitet, das in den kommenden Jahren überprüft werden muss. Die FDP wird sich für ein System einsetzen, das die Antrags- und Verwaltungsverfahren vereinfacht und flächengebundene Ausgleichszahlungen unter Berücksichtigung des Grünlandes in den Mittelpunkt stellt.

Eine gute Agrarpolitik darf langfristig existenzfähige Betriebe in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht behindern. Die FDP setzt sich deshalb gegen Förderobergrenzen und überproportionale Belastung größerer Betriebe gleich welcher Rechtsform ein. Die Agrarpolitik des Bundes darf nicht gegen die Landwirtschaft ganzer Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und der neuen Bundesländer insgesamt gerichtet sein.

Die landwirtschaftliche Produktion muss auf eine nachhaltige Bewirtschaftung und umweltgerechtes Handeln abzielen. Bewirtschaftungseinschränkungen, die über die allgemein geltenden gesetzlichen Grundlagen hinausgehen, müssen daher angemessen ausgeglichen werden. Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten und auf Deichen sind an Landwirte zu vergeben, statt sie von kostenträchtigen Verwaltungen durchführen zu lassen. Eine extensive Bewirtschaftung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes muss Vorrang vor der Ausweisung von Schutzgebieten haben. Die FDP ist für den Erhalt ökologisch gewachsener Strukturen.

Die FDP setzt sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU ein. Unterschiedliche Produktionsauflagen und steuerliche Belastungen führen zu internationalen Wettbewerbsverzerrungen. Die einseitig hohe Heizöl-/ Dieselsteuer hat in der Vergangenheit insbesondere energieintensive Bereiche empfindlich getroffen.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und Funktionserhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum liefern Bodenordnungsmaßnahmen, Flurbereinigung und ländlicher Wegebau einen wesentlichen Beitrag. Die FDP sieht in diesen Maßnahmen auch einen wichtigen Beitrag zur klaren Abgrenzung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden.

Maßnahmen der Marktordnung, die auf eine Beschränkung der landwirtschaftlichen Produktion hinauslaufen, müssen langfristig aufgehoben werden. Milchquoten sind im Jahre 2008, also nach Ablauf des Zeithorizonts, den die Agenda 2000 festlegt, abzuschaffen. Die zur Zeit überdurchschnittlichen Milchpreise dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der erforderliche Kauf von Produktionsquoten die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe beeinträchtigt. Ein eventuelles Auslaufen der EU-Marktordnung für Zuckerrüben muss für die landwirtschaftlichen Unternehmen langfristig planbar bleiben.

Die Fischereiquotenverteilung zwischen den Nordländern muss zu Gunsten unseres Landes verbessert werden. Fanggebiete sind zu sichern. Der Fischereiwirtschaft sollen zusätzliche Geschäftsfelder, z.B. im Tourismus, eröffnet werden.

Wir wollen in Mecklenburg-Vorpommern stabile regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen. Die FDP setzt sich für die Förderung von Veredelungen landwirtschaftlicher Produkte, zum Beispiel von Raps zu Rapsdiesel, und Veredelungen von Fischereiprodukten ein.

### Tourismus in unserem schönen Land

Besondere Beachtung verdienen in Mecklenburg-Vorpommern der Tourismus und das vom Tourismus abhängige Gewerbe. Wir wollen das Ladenschlussgesetz abschaffen, womit auch die Bäderregelung entfallen würde. Die öffentlichen Investitionen in die touristische Infrastruktur müssen erhöht werden, das Marketing muss für das ganze Land ausgebaut und professionalisiert werden. So werden deutlich mehr Menschen unser Land mit seinen vielfältigen natürlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten besuchen, als dies bisher der Fall ist, was sich gerade in den wirtschaftlich benachteiligten, aber touristisch attraktiven Regionen positiv auswirken wird. Die FDP wird sich für einen Ausbau der Rad-, Reit- und Skaterwege in ganz Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

Wir sprechen uns gegen die Einrichtung eines Bombodroms in der Kyritzer Heide aus.

### Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Standortvorteil!

Eine leistungsfähige Verkehrswirtschaft und eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur sind Standortfaktoren von hohem Rang und Grundbedingung für die Ansiedlung neuer sowie Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Dazu bedarf es einer besseren Vernetzung aller Bereiche der Verkehrsinfrastruktur wie Straßen, Schienen, Häfen, Wasserstraßen sowie Flughäfen. Darunter fällt u.a. das Autobahnzubringernetz und der regionale Zugverkehr mit Anschluss an das transeuropäische Netz nach Berlin, Skandinavien und Polen. Wir fordern den Bau des Transrapid zwischen Hamburg und Berlin über Schwerin, den Bau der A 14 direkt zwischen Schwerin und Magdeburg und eine schnellere Fertigstellung der A 20 und der A 241, sowie die weitere Sicherung und den Ausbau der Schifffahrts- und Fährfähigkeit im Ostseeraum. Wir wollen eine Querverbindung von der A 14 zur A 20 über Mirow. Die zweite Rügenanbindung sowie der Autobahnzubringer von der A 20 sind für die wirtschaftliche Entwicklung der Insel Rügen als Verkehrsdrehscheibe Mittel- und Südeuropas via Skandinavien und Baltikum unverzichtbar. Die B 96 ist auszubauen.

Wir werden uns für den weiteren Bau von notwendigen Umgehungstrassen einsetzen.

Wir wollen eine bessere Anbindung Mecklenburg-Vorpommerns an den Schienen-Fernverkehr. Die Strecke Berlin – Rostock ist als ICE-Strecke auszubauen. Die Strecken Hamburg – Stralsund und Berlin – Stralsund (mit Abzweig nach Usedom) sollen als Schnellfahrstrecken eingerichtet werden. Die FDP fordert, mehr privatwirtschaftliche Unternehmen auf dem Schienennetz zuzulassen. Wir fordern eine Trennung von Netz und Betrieb im Schienenverkehr, um den Markteintritt privater Wettbewerber zu erleichtern und damit eine bessere Versorgung zu günstigeren Preisen zu erreichen.

Fragen des Verkehrs haben in unserem dünnbesiedelten Flächenland für alle Menschen besondere Bedeutung. Deshalb treten wir dafür ein, dass der öffentliche Personenverkehr nicht eingeschränkt, sondern mit Hilfe eines zu schaffenden flexiblen Verkehrsverbundes zielstrebig ausgebaut und auf die Bedürfnisse verschiedenster Personengruppen zugeschnitten wird.

Nach mehreren Katastrophen in Ost- und Nordsee sind zwar Maßnahmen zur Verbesserung des maritimen Umweltschutzes, z.B. in der Kadettrinne, getroffen worden. Diese sind aber immer noch nicht ausreichend. Die Liberalen fordern deshalb vom zuständigen Bund verstärkte Anstrengungen insbesondere zur Vorhaltung von technischem Gerät zur Ölbekämpfung bei Havarien. Technologische Verfahren zur wirksamen Ölbekämpfung auf dem Wasser bei größeren Windstärken sind entwickelt und erfolgreich erprobt worden; sie sind in Mecklenburg – Vorpommern vorzuhalten.

### Begrenzung der Bürokratie durch Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben

#### Luft zum Atmen: Freiräume schaffen durch den Abbau von Bürokratie!

Eine Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen erschwert das tägliche Leben der Bürger, Arbeitnehmer und Unternehmer. Der Einzelne hat den Überblick verloren, zieht sich resigniert zurück oder muss sich kostenträchtiger Berater bedienen, um im Kampf gegen die Bürokratie zu bestehen. Der politische Abbau der Regulierungswut ist überfällig. Er muss einher gehen mit einer bürgerorientierten und wirtschaftsfreundlichen Umgestaltung der Verwaltung.

Das am dünnsten besiedelte Bundesland Deutschlands braucht nicht die größte Dichte an Gesetzen, Erlassen und Verordnungen. Wir werden alle Gesetze und Verordnungen auf den Prüfstand stellen. Gesetze sind wann immer möglich, mit Verfalldatum zu versehen. Viele Erlasse können ersatzlos gestrichen werden. Wir setzen auf die Kreativität der vielen Einzelnen in der Gesellschaft und werden dafür Freiräume in Mecklenburg-Vorpommern durch den Abbau der Bürokratie schaffen.

Wenn wir Bürokratie abbauen wollen, müssen wir selbst bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Die FDP wird deshalb die Verantwortungsgemeinschaften an der Basis der Gesellschaft besonders stärken. Dazu gehört die Förderung der Familie ebenso wie die Stärkung des Ehrenamtes in Vereinen, dem THW, der Feuerwehr, den kommunalen Vertretungen. Gleiches trifft für die unterschiedlichen Generationen und für die Stärkung der Möglichkeiten für Behinderte zu.

#### Stärkung der Demokratie durch Mitwirkung der Bürger!

Die FDP will die Parteienmacht zugunsten von mehr Bürgermacht zurückdrängen. Die Parteien sollen sich wieder auf die ihnen in der Verfassung zugewiesene Rolle beschränken. Nur so wird der Staat von einer Repräsentation der Parteien zu einer Repräsentation der Bürger. Die FDP will den Einfluss der Parteien durch Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Unternehmen zurückdrängen. Denn: Je mehr entstaatlicht wird, desto geringer wird der Einfluss der Parteien. Zugleich verlieren damit zahlreiche Interessenverbände die Möglichkeit, den Staat zu instrumentalisieren. Dort wo der Parteienproporz bei der Postenvergabe im Mittelpunkt steht, muss er zurückgedrängt werden, insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen Medien, bei kommunalen Betrieben oder in Schulen und Behörden. Maßstab muss die Kompetenz sein, nicht das Parteibuch.

Die FDP bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Sie will diese jedoch um Elemente der direkten Demokratie bereichern. Der Bürger muss sich vor allem in seinem unmittelbaren Umfeld stärker an Entscheidungen beteiligen können. Wir bekennen uns zu Bürgerentscheiden, Bürgerbegehren und

Bürgerbefragungen auch auf Landesebene und rufen die Bürger auf, von diesen Partizipationsmöglichkeiten häufig Gebrauch zu machen.

Die FDP wird sich für Transparenz und Bürgernähe in der Verwaltung einsetzen. Mit uns wird die Verwaltung serviceorientierter – der Bürger ist nicht Bittsteller, sondern Kunde. Deshalb spricht sich die FDP für die flächendeckende Einrichtung von Bürgerbüros in den Kommunen aus, die eine zentrale Anlaufstelle für alle Anliegen des Bürgers sind. Anträge, Steuerklärungen und andere standardisierte Verwaltungsakte sollen auch über das Internet abgewickelt werden können.

Wir befürworten eine neue Arbeitsteilung zwischen Bürger und Staat durch eine echte Privatisierung staatlicher wirtschaftlicher Betätigung. Dabei lehnen wir Scheinprivatisierungen auf Kosten des Mittelstandes ab. Durch Privatisierung kommt es zu einer Entschuldung der Haushalte. Privatisierung, Deregulierung und Bürokratieabbau dienen dazu, staatliche Leistungen stärker an den Bedürfnissen des Bürgers auszurichten.

### **Wettbewerbsföderalismus und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung!**

Bei wichtigen Reformen blockieren sich Bund und Länder aus parteiegoistischen Gründen gegenseitig. Wir wollen durch Dezentralisierung und klare Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden dem Prinzip des Wettbewerbs auch im politischen System Geltung verschaffen. Die Zunahme des Gestaltungsraumes in einem solchen Wettbewerbsföderalismus bietet langfristig auch für die wirtschaftlich heute noch schwächeren Regionen große Chancen. Die politischen Entscheidungsprozesse sowie die Aufgabenverteilung und deren Finanzierung in Bund und Ländern sind zum beiderseitigen Vorteil zu entflechten. Den Bundesländern ist mehr Autonomie in der Gesetzgebung einzuräumen.

Die FDP will die kommunale Selbstverwaltung durch die Absicherung über den unantastbaren Kernbereich hinaus stärken. Wir werden mit einer Behandlung der Kommunen durch die Landesregierung nach Gutsherrenart Schluss machen.

Alle Landes- und Bundesgesetze müssen einer Kommunalverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Das betrifft vor allem die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit der Kommunen unter strikter Einhaltung des Konnexitätsprinzips bei Sicherung eigener Steuerhoheit. Die Planungshoheit der Kommunen muss auch durch eine wesentlich höhere Eigenverantwortung in allen Bereichen insbesondere der Denkmalpflege und Umwelt gestärkt werden.

Die FDP lehnt eine Zwangsverordnung zum Zusammenschluss von Ämtern und Gemeinden ab. Vor einer Gemeindegebietsreform muss eine Funktionalreform stehen; verbunden damit muss ein Umbau der Verwaltung erfolgen.

### **Kriminalität entschieden bekämpfen und den Rechtsstaat stärken**

Persönliche Freiheit und Sicherheit sind Grundvoraussetzungen für den inneren Frieden in unserer Gesellschaft. Kriminalität bedroht Bürgerrechte – das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und das Grundrecht auf Eigentum.

Nicht immer mehr Vorschriften führen zu mehr Sicherheit, sondern die konsequente Anwendung und Umsetzung der bestehenden Gesetze.

Wir werden die Strafverfolgungsbehörden von bürokratischen Hemmnissen und sachfremden Aufgaben befreien. Die FDP wird dafür sorgen, dass Polizei und Strafjustiz sich ihren eigentlichen Aufgaben, der Verfolgung und Aufklärung von Straftaten, mehr als bisher widmen können. Dies sicherzustellen, ist eine Kernaufgabe des Staates und stets ein besonderes Anliegen der an Sicherheit und Freiheit orientierten Innen- und Rechtspolitik der FDP gewesen. Freiheit und Sicherheit sind für Liberale kein Gegensatz; sie sind die unterschiedlichen Seiten der gleichen Medaille, denn Freiheit ist auch die Freiheit von Furcht.

Polizei und Justiz werden bei Regierungsbeteiligung der FDP zu modernen, bürgerfreundlichen und gut ausgebildeten Serviceeinheiten als Garanten der Sicherheit und Freiheit jedes einzelnen Bürgers. Neben besserer Ausstattung und Ausbildung aller Polizeibeamten und Dienststellen ist für uns die Rücknahme der Polizeistrukturreform vordringlich. Diese hat sich als teurer und unsinniger Irrweg erwiesen und hat nur dazu geführt, dass die Sicherheit gerade im ländlichen Raum nicht mehr gewährleistet ist. Nicht bürokratischer Zentralismus, sondern nur die Bildung und Stärkung regionaler Polizeistrukturen kann auf Dauer zu mehr Sicherheit im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern führen.

Technische Überwachung ersetzt nicht den persönlich verantwortlichen Schutzmann an der Ecke, der Sicherheit deutlich repräsentiert. Daher halten wir auch die Videoüberwachung nur für ein begrenzt taugliches Mittel zur Aufklärung und Abwehr von Straftaten.

### *Die modernen Formen der Kriminalität bedürfen moderner Bekämpfungsstrategien!*

Kriminalität ist heute grenzüberschreitend und international organisiert. Straftäter halten sich weder an Landesgrenzen noch an Dienststunden. Polizei und Justiz werden daher von uns in die Lage versetzt, auf diese neuen Herausforderungen schnell, konsequent und flexibel zu reagieren, mit modernster Technik wie etwa einer Hubschrauberstaffel. Die Zusammenarbeit mit den europäischen Behörden wie beispielsweise der europäischen Staatsanwaltschaft wird entbürokratisiert. Der internationale Rechtshilfeverkehr mit unseren Nachbarn im Ostseeraum wird vereinfacht. Weitere Schwerpunkte der Sicherheitspolitik werden die Bekämpfung der Wirtschafts- und Internetkriminalität sowie der Korruption sein. Die Bekämpfung der Gewaltkriminalität, besonders Jugendlicher und Heranwachsender, bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik. Sie kann allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn in den Familien die entsprechenden Werte vermittelt werden. Wir Liberale setzen daher auf die Förderung der Familie und nicht vorrangig auf staatliche Institutionen.

### *Rechtssuche darf nicht zur Ochsentour verkommen!*

Jeder Bürger muss und wird mit uns vor Gericht schneller zu seinem Recht kommen. Richter, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher in ausreichender Anzahl müssen dafür sorgen, dass der Bürger nicht nur Recht hat, sondern auch sein Recht bekommt und durchsetzen kann.

Dies gilt sowohl für das Erkenntnis- als auch in ganz besonderem Maße für das Vollstreckungsverfahren. Die Selbstverwaltung der Gerichte muss gestärkt und erweitert werden, dies betrifft auch die Personalbefugnisse. Wir treten für eine erfolgsorientierte Gebührenordnung der Gerichtsvollzieher ein.

Stellenbesetzungen werden mit uns nach fachlichen Gesichtspunkten entschieden, aber nicht nach Parteibuch oder Tageslaunen erfolgen.

Rechtssicherheit und die Durchsetzung des Rechtes sind für die Unternehmen entscheidende Standortfaktoren. Es kann, darf und wird zukünftig nicht mehr so sein, dass Betriebe durch überlange Verfahrensdauer in die Insolvenz getrieben werden.

## Katastrophenschutz ist Teil der inneren Sicherheit!

Ein funktionierender Katastrophenschutz ist Teil der Sicherheit jeden Bürgers. Die FDP stellt sich dem Austrocknen und Kaputtsparen des Katastrophenschutzes entgegen und wird dafür sorgen, dass die Verbände der Feuerwehren und des Zivil- und Katastrophenschutzes sich besser den neuen Risiken und Herausforderungen stellen können.

## Chancen durch eine hohe Bildung und Kultur

### Freiheit braucht Bildung, und Bildung braucht Freiheit!

Eine liberale Gesellschaft bedarf Bildung und Ausbildung als elementare Voraussetzung für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit. Bildung und Ausbildung sollen zu Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein erziehen und die Bereitschaft fördern, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Bildung schafft somit das ethische Gerüst für eine Bürgergesellschaft, ist Voraussetzung für eine stabile Demokratie und Grundlage für die Bürger, ihre Lebensentwürfe eigenverantwortlich zu gestalten. Dabei eröffnet das Recht auf Bildung jedem die gleiche Chance der Bildung und Ausbildung. Diese Chancengleichheit bedeutet jedoch nicht eine Gleichheit der Ergebnisse. Ziel muss es sein, jeden entsprechend seiner Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu fordern und zu fördern und auf ein lebenslanges Lernen vorzubereiten.

Bildung ist in unserer Welt ein zentraler Standortfaktor geworden. Somit ist die Investition in die Köpfe der Menschen sozial, kulturell und wirtschaftlich eine großartige Chance und gleichzeitig die entscheidende Zukunftsvoraussetzung für Mecklenburg-Vorpommern.

Unsere Jugend braucht Perspektiven und Chancen, um an den Innovationen teilhaben zu können. Bildungspolitik ist in den letzten Jahren allerdings zunehmend in den Randbereich verdrängt worden, obwohl die Länder im Zusammenspiel mit dem Bund hier die größten Gestaltungsmöglichkeiten haben. In keinem anderen Politikfeld hat das Land Mecklenburg-Vorpommern weitergehende Kompetenzen als im Bildungsbereich, und in keinem anderen Politikfeld hat die Landesregierung durch Fehlentwicklung und Verunsicherung derartig versagt. Fortwährend werden notwendige Reformen und positive Gestaltungsansätze auf dem Altar parteipolitischer Machtkämpfe und Ideologien der jeweiligen Koalitionen geopfert. So wird Verunsicherung in die Schulen getragen und die Hochschulen leiden unter einem Mangel an Planungssicherheit.

Bildung muss deshalb wieder in den Mittelpunkt der Landespolitik gerückt und grundlegende Reformen müssen beherzt und zügig angegangen werden.

### Schule gestalten, nicht bevormunden!

Wir wollen die Schule vom politischen Dirigismus befreien und der Gesellschaft zurückgeben. Für uns Liberale soll Bildung nicht nur Wissen und soziales Verhalten vermitteln, sondern muss auch Unternehmertum und Gründergeist fördern. Flexibilität, Eigeninitiative, Risikobereitschaft und die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen sind die künftig gefragten Eigenschaften. Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern steht für ein progressives Bildungsmodell, das den Schülern gestattet, das Lernen zu lernen. Dabei kommt der Schule höchste Bedeutung zu. Sie begleitet die jungen Bürger in ihrer prägendsten Phase. Fehler, die hier gemacht werden, lassen sich später kaum noch abstellen. Wir

bekennen uns zum öffentlichen Bildungssystem, fordern aber mehr Wettbewerb durch mehr Autonomie.

Das ständige „Reinregieren“ der Politik in die Schule ist nur einer von vielen Versuchen der rot-roten Landesregierung, dem Land ihren dogmatischen Stempel aufzudrücken. Erfolgreiche Bildung lässt sich nur durch mehr Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit der Verantwortlichen vor Ort verwirklichen: besonders über fortschrittliche Organisations- und Verantwortungsstrukturen und Personalhoheit. Der Wunsch und die Notwendigkeit von lebenslangem Lernen kann über eine engere Verzahnung von Aus- und Weiterbildung verwirklicht werden.

Fairer Wettbewerb sichert den Fortschritt und Bildung ist ein wettbewerbsfähiges Gut. Den Schülern und Eltern soll es obliegen, den für sie vorteilhaftesten Bildungsträger zu wählen. Kreisgrenzen und Schuleinzugsbereiche dürfen bei der freien Wahl der Schule keine Rolle mehr spielen.

Wenn die Liberalen vom „das Lernen zu lernen“ sprechen, dann bezieht sich dies auf den Erwerb von Lerntechniken. Also weniger auf reine Inhalte, als vielmehr auf die Fähigkeit, in unserer multimedialen Informationsgesellschaft eigenständig die benötigten Inhalte herauszuarbeiten. Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation, die den jungen Menschen ein freies selbstbestimmtes Lernen ermöglicht. Der aktive und interaktive Internetzugang muss allen Schülern ermöglicht werden. Die Schulen müssen über die notwendigen Anlagen verfügen, Schulnetze sollen aufgebaut und/oder bestehende Datennetze kostenlos und auf der Basis eines längerfristigen Konzeptes benutzt werden können. Möglichkeiten des privaten Sponsorings sind dabei verstärkt zu nutzen.

Die FDP wird den durch das Lehrpersonalkonzept beschlossenen dramatischen Stellenabbau stoppen. Maßstab für die personelle Ausstattung kann nur der pädagogische Bedarf sein. Durch attraktive Angebote ist es notwendig, junge, dynamische und gut ausgebildete Lehrer im eigenen Land zu halten oder ins Land zu holen und so einen ausgeglichenen und vor allem ausreichend qualifizierten Personalstamm auf- bzw. auszubauen. Ganz klar bekennt sich die FDP Mecklenburg – Vorpommern zur Elite- und Benachteiligtenförderung. Das bedeutet, dass es Differenzierung im Umgang mit allen Leistungsgruppen geben muss. Gleichmacherei behindert alle Schüler. Kleine Klassen und ein, auf eine allgemeine Grundlagenbildung aufbauendes fakultatives Kurssystem sind probate Mittel für erfolgreiche Differenzierung, und nicht die Konzentration verschieden starker Schüler in zu großen Klassen.

### *Schulprofile*

Die FDP fordert eine vielfältige Schullandschaft. Wir bekennen uns zum öffentlichen Bildungssystem, brauchen aber mehr Wettbewerb durch mehr Autonomie. Jede Schule soll ihr ganz eigenes Profil entwickeln und dieses der Öffentlichkeit vermitteln.

Der staatliche Regulierungswahn muss eingedämmt werden. Wir fordern daher eine echte Delegation der Verantwortung an die Schulen: Schulen erhalten die Personal- und Budgetkompetenz. Sie entscheiden, welche Lehrer eingestellt werden und in welchem Umfang beispielsweise Praktiker aus der Arbeitswelt im Unterricht mitwirken. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind auf das nächste Jahr übertragbar. Die FDP setzt sich für eine Erlaubnis des „Schulsponsoring“ an allen Schulformen ein. Es darf keine Einschränkungen bei der Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft geben. Landeszuschüsse müssen bereits ab dem ersten Jahr der Arbeitsaufnahme gewährt werden.

### *Ganztagsschule*

Die FDP fordert ein flächendeckendes Ganztagsschulangebot mit Hausaufgabenhilfe, Übungen und Nachmittagsbetreuung, um die individuelle Förderung sowohl leistungsstarker als auch leistungsschwacher Schüler zu ermöglichen.

## *Grundschule*

Grundschulen als Fundament der schulischen Bildung sollen gezielt auf das Lernen in den anschließenden unterschiedlichen Schulformen vorbereiten und die Anstrengungsbereitschaft fördern. Grundlage aller Bildung ist das sichere Beherrschen der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen, hinzu kommen Schlüsselkompetenzen wie Gemeinschaftsfähigkeit, soziale Kompetenz, gewaltfreie Konfliktbewältigung und Lernfähigkeit. Wann jedoch ein Kind in der Lage ist, die Grundschule zu besuchen, ist altersunabhängig. Deshalb fordert die FDP eine möglichst frühe Einschulung der Kinder, die dem individuellen Entwicklungsgrad Rechnung trägt. Die FDP fordert weiterhin eine freie Wahl der Grundschule. Kreisgrenzen und Einzugsbereiche dürfen keine Rolle mehr spielen.

Wir setzen uns für eine Leistungsbewertung auch in Noten ein und fordern die Beibehaltung der vierjährigen Grundschule.

## Differenzierte Bildungsgänge

Hauptschulgänge müssen gestärkt und ihrer ursprünglichen Funktion wieder gerecht werden. Zu diesem Zweck müssen Leistungsnachweise geschaffen werden, welche eine bundesweite Vergleichbarkeit der Leistungen rechtfertigt. Selbiges gilt auch für die Abschlussprüfungen an den Realschulen und Gymnasien. Wir wollen ein bundesweit vergleichbares Abitur. Kleinstaaterei in der Bildungspolitik lehnen wir ab. Gymnasien sollen wieder verstärkt auf die universitäre Ausbildung vorbereiten, damit Haupt- und Realschulabschluss als Fundament für die betriebliche Ausbildung wieder an Wert gewinnen. Es ist kein Zustand, dass Gymnasiasten nach der deutlich teureren Ausbildung den klassischen Weg der beruflichen Bildung einschlagen und zudem so den Haupt- und Realschülern die Perspektiven nehmen. Nicht nur in der Dauer, auch im Inhalt der gymnasialen Bildung haben die Liberalen Alternativen zu bieten. Es muss ein breites Grundlagenwissen, insbesondere auch in den naturwissenschaftlichen Fächern, gefördert werden. Fakultative Ergänzungen zur freiwilligen und interessenbetonten Erweiterung des Grundlagenwissens sind erwünscht.

## *Weiterführende Schulen*

„Leistung fördern“ und „Leistung fordern“ als Grundsatz der Ausbildung richten sich auf die unterschiedlichen Befähigungen, Begabungen und Neigungen der Schüler. Die FDP bekennt sich deshalb zum dreigliedrigen und durchlässigen Schulsystem und fordert eine spezielle Förderung von Begabten und Benachteiligten. Die Förderschulen sind Bestandteile des differenzierten Bildungssystems. Sie werden auch in Zukunft weiterentwickelt. Eine Landesregierung unter Beteiligung der FDP fördert die Bildung von Eliteschulen in den musisch-künstlerischen, sportlichen, sprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereichen.

Die FDP fordert die schnellstmögliche Rückkehr zum Abitur nach 12 Jahren. Die gegenwärtige Schullandschaft ist gekennzeichnet durch einen ansteigenden Vertrauensverlust in die Hauptschule, Qualitätsverluste an den Realschulen und ungebremstes Wachstum der Gymnasien. Die FDP fordert deshalb, dass Gymnasien wieder verstärkt auf die universitäre Ausbildung vorbereiten, damit Haupt- und Realschulen wieder ihrer ursprünglichen Funktion gerecht werden können und als Fundament für die betriebliche Ausbildung an Wert gewinnen.

Sinkende Schülerzahlen dürfen nicht zur Absenkung der Bildungsausgaben genutzt werden. Statt dessen sind kleine Klassen zu bilden, welche zusammen mit einer allgemeinen Grundlagenbildung und einem darauf aufbauenden fakultativen Kurssystem das probate Mittel für erfolgreiche Differenzierung darstellen. Multimediakompetenz wird künftig beruflich, aber auch zur privaten Lebensführung unverzichtbar sein. Deshalb müssen Schulen weit umfangreicher mit Computern ausgestattet werden als bisher. Jeder Schüler muss kompetent mit dem Internet, Computersystemen

und –anwendungen umgehen können. Dies erfordert aber auch deutlich höhere Anstrengungen bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Umgang mit der neuen Technologien.

### *Schulpersonal*

Die FDP fordert ein modernes Lehrerbildungsgesetz, das eine zweiphasige Ausbildung mit verstärktem Pädagogikanteilen und universitärem Abschluss beinhaltet.

Die sozialpädagogische Betreuung der Schüler darf nicht allein freien Trägern der Jugendhilfe überlassen werden. Auch Schulsozialarbeiter sind nicht die Universallösung. Die Position des Klassenlehrers muss wieder gestärkt werden, der Vertrauenslehrer ist wichtiger Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen. Die Zahl der Schulpsychologen ist zu erhöhen.

### Qualitätsverbesserung in der Berufsausbildung!

Die Qualität der Berufsausbildung ist in entscheidendem Maße von den Eingangsvoraussetzungen der Lehrlinge abhängig. Doch gerade hier sind nach den Berichten der Ausbildungsbetriebe und Kammern in den letzten Jahren Defizite verzeichnet worden. Die Defizite beim Ausbildungsstart liegen vor allem im Bereich der Grundlagenkenntnisse (Verfassen einfacher Texte, Beherrschen der vier Grundrechenarten, Grundkenntnisse im Umgang mit dem PC etc.) sowie der personalen und sozialen Fähigkeiten (Verlässlichkeit, Selbständigkeit, Eigeninitiative, Kommunikations- und Teamfähigkeit etc.). Deshalb muss nach Ansicht der FDP gerade die Schulbildung vor dem Ausbildungsstart durch vorgenannte Maßnahmen verstärkt werden. Doch auch innerhalb der Ausbildung ist das System der Berufsschule dringend reformbedürftig.

Um den Anforderungen des europäischen Arbeitsmarktes in Zukunft gewachsen zu sein, müssen fachliche Fremdsprachenkenntnisse als unersetzliche Schlüsselqualifikation verstärkt gefördert werden.

Dabei müssen unterschiedliche Leistungsfähigkeiten der Berufsschüler mit unterschiedlichem Bildungsgrund berücksichtigt werden. Wir fordern daher, dass der Unterricht in Lerngruppen, die anhand von Leistungskriterien gebildet werden, stattfinden.

Zur Steigerung der Leistungsbereitschaft ist es notwendig, weiterhin Möglichkeiten zur Ausbildungszeitverkürzung zu schaffen.

Um die Wirksamkeit der dualen Ausbildung sicher zu stellen, gilt es, die betriebliche Ausbildung vorrangig zu fördern. Die Inhalte des Berufsschulunterrichts stehen einer ständigen Weiterentwicklung in der Praxis gegenüber und sind daher dauernd zu überprüfen. Das duale System der beruflichen Ausbildung ist weltweit angesehen und in jedem Fall nicht nur erhaltenswert, sondern auch erweiterungsfähig. Dies kann in einem schwach industrialisierten Land aber gerade nicht durch eine Ausbildungsplatzabgabe erreicht werden.

Die FDP fordert eine Flexibilisierung des Berufsschulunterrichts. Wir treten für eine Erhöhung der Anwesenheitszeiten der Lehrlinge im Betrieb ein. Hierzu bedarf es neben einer engeren Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Betrieben vor allem der zeitlichen Konzentration des Berufsschulunterrichts durch Vermeidung von „halben“ Berufsschultagen und notwendigen Kürzungen in der Stundentafel bei fachfremden Fächern wie Religion und Sport. Die FDP setzt sich dafür ein, dass an Berufsschüler als Ausgleich für den Sportunterricht Gutscheine ausgegeben werden, die bei Sportvereinen eingelöst werden können. Die Vereine erhalten bei Einlösung der Gutscheine zusätzliche finanzielle Zuwendungen des Landes. Durch Blockunterricht, der in Abstimmung mit den Betrieben festzulegen ist, wären erhebliche Zeitgewinne möglich.

Die berufliche Bildung muss mit dem Wandel der Arbeitswelt Schritt halten, diese Aufgabe lässt sich entweder mit modernisierten oder mit völlig neuen Ausbildungsberufen meistern. Neue Berufe haben jedoch den großen Vorteil, dass sie bisher noch ungenutzte Ausbildungspotentiale der Betriebe erschließen helfen. Die FDP fordert deshalb eine Ausbildung, die sich an aktuellen Qualifikationsanforderungen orientiert und zeitgemäße Inhalte vermittelt. Wir setzen uns für die zügige Schaffung neuer Berufe für den expandierenden Dienstleistungssektor und eine schnellere Verfahrensdurchführung zur Schaffung und Modernisierung von Ausbildungsberufen ein.

Neue Berufe dürfen etablierte Berufe durch Spezialisierung auf bestimmte Fachrichtungen nicht verstümmeln. Um den Einstieg auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern und Flexibilität zu fördern, müssen neue Berufe unter der Voraussetzung breiter fachlicher Qualifikationen und denen sich daraus ergebenden Möglichkeiten geschaffen werden.

### **Autonomie und Planungssicherheit für unsere Hochschulen!**

Die Politik läuft Gefahr, den Ruf unserer Hochschulen und die Motivation ihres Personals dank des ewigen Hin und Her in Sachen Landeshochschulgesetz zu schädigen. Die Hochschulen sind Kerne der Landesentwicklung und eine der wenigen Möglichkeiten, junge Menschen in unser Land zu holen.

Die FDP tritt entschieden für eine Hochschulreform in Mecklenburg-Vorpommern ein. Das liberale Leitbild einer künftigen Hochschule heißt: unabhängig, wissenschaftlich, wettbewerblich, profiliert und international. Wir Liberale bekennen uns zu den staatlichen Hochschulen, wollen aber staatlichen Dirigismus zurückdrängen und mehr Freiräume für die Hochschulen schaffen, damit diese handlungsfähiger werden und Planungssicherheit erhalten. Wir fordern Hochschulen, die nicht als nachgeschaltete Behörden verstanden und behandelt werden. Die Liberalen sind entschiedene Gegner einer Bevormundung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Hochschulen sollen in der Lage sein, ihre Aufgaben in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wahrzunehmen.

Die FDP fordert Gestaltungsfreiheit von Curricula an den Hochschulen. Studiengänge sind ein wesentliches Differenzierungsmerkmal, mit denen Universitäten fachliche Schwerpunkte setzen und auf regionale Besonderheiten eingehen können, um so im Wettbewerb mit anderen Hochschulen ihr Profil zu entwickeln. Mit dem Wegfall der Rahmenprüfungsordnungen ist ein wesentlicher Schritt in Richtung Hochschulautonomie getan. Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass der neugeschaffene Gestaltungsspielraum an die Hochschulen weitergegeben wird. Die Entscheidung, Studiengänge einzurichten oder zu schließen, soll einzig und allein der betreffenden Hochschule obliegen. Die FDP befürwortet einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss schon nach drei Jahren (Bachelor) und einen Aufbaustudiengang (Master).

Die FDP fordert Organisationshoheit für die Hochschulen, die sich nach eigenen Bedürfnissen entsprechend ihrer Größe, Tradition und Aufgabensetzung eine Struktur geben sollen. Die Freiheit einer Hochschule über ihre Organisationsstrukturen und -abläufe selbständig zu entscheiden ist elementar für ihre Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit. Es muss den Hochschulen ermöglicht werden, ihre Struktur auf die jeweiligen Ziele hin zweckmäßig auszurichten und weiterzuentwickeln, um zu einer sachgerechten und partizipatorischen Organisation zu gelangen.

Die FDP fordert die Einführung von Globalhaushalten, wodurch die Hochschulen über die Ausgaben der staatlichen Zuweisungen frei verfügen dürfen. Autonomie in Finanz- und Bewirtschaftungsfragen sind Voraussetzung für organisatorische wie inhaltliche Autonomie und Wettbewerbshandlungen. Hochschulen sollen das Recht erhalten über ihre Einnahmen und Ressourcen eigenverantwortlich und uneingeschränkt zu entscheiden sowie im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens Vermögen zu bilden.

Voraussetzung im Sinne einer langfristigen Planungssicherheit ist dafür der Globalhaushalt der Hochschulen mit einer festen Grundzuweisung durch Land und Bund. Diese kann ergänzt werden durch noch festzulegende Parameter für Erfolge in Forschung und Lehre.

Die FDP fordert Personalhoheit für die Hochschulen. Die Hochschulen müssen sich aus dem starren Regelwerk des öffentlichen Dienst-, Tarif- und Arbeitsrechts lösen und eine eigenständige Personalpolitik realisieren können. Diese Flexibilität ermöglicht eine attraktive und wettbewerbsfähige Ausgestaltung vorhandener und neu zu besetzender Stellen. Dies ist um so wichtiger als die Bewahrung, Überprüfung, Schöpfung und Weitergabe von Wissen als universitäre Kernaufgabe sich primär auf Personen bezieht und somit der Widmung von Professuren, Entscheidung über Berufungen und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses grundlegende Bedeutung beizumessen ist.

Die FDP fordert die Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS). Künftig soll jeder Student seine Hochschule und jede Hochschule ihre Studenten selbst aussuchen.

Im Rahmen dieser notwendigen Veränderungen der Hochschullandschaft verweisen wir noch einmal auf das System der Bildungsgutscheine, mit dem sich die Umgestaltung bewerkstelligen lässt. Diese ermöglichen einen Bildungsexport, eine der wenigen Möglichkeiten, junge Menschen aus anderen Bundesländern für unser Land zu begeistern – als Gegenbewegung zur Abwanderung.

Studiengebühren lehnt die FDP in Mecklenburg-Vorpommern ab, weil sie zu einer Abwanderung von Studenten in andere Bundesländer führen würden.

Die staatliche Ausbildungsförderung (BAföG) muss grundlegend modernisiert und an die tatsächlichen Anforderungen der Leistungsbezieher angepasst werden. Eine BAföG-Reform im 3-Körbe-Modell muss sowohl ein Grundstipendium für jeden, ein zinsloses Darlehen abhängig vom Einkommen der Eltern, sowie ein zinsgünstiges Darlehen beinhalten.

### Reiches Kulturleben und sportliche Initiative für unser Land!

Die Landespolitik darf sich nicht aus der Verantwortung für ein reiches Kulturleben stehlen. Die FDP will durch ein Kulturnetzwerk die Effektivität der Kulturförderung steigern. Durch dieses Netzwerk sollen die Mittel aus den unterschiedlichen Bereichen, u.a. Land, Kommunen, Wirtschaft gebündelt, Transparenz der Fördermittel erreicht und zusätzliche Mittel „angelockt“ werden. Die Kulturförderung muss so organisiert werden, dass Kultureinrichtungen aller Bereiche von ABM-Stellen unabhängig werden und statt dessen z.B. über Honorarverträge eine stabile Kulturarbeit garantieren. Berufsvereinigungen aller Kunstformen sind die wichtigsten Träger und Gestalter des Kulturnetzwerkes. Als kulturelle Multiplikatoren sind diese Berufsvereinigungen bei Landesentscheidungen anzuhören. Ein ähnliches Netzwerk soll auch im Sport- und Freizeitbereich aufgebaut werden. Sport ist für alle Bürger, aber insbesondere für Jugendliche, ein Lebensbereich, in dem sich freiheitliche Entfaltung und soziale Verantwortung bestmöglich ergänzen. Der Sport lebt von Wettbewerb und Leistungsstreben. Freiheitliche Eigenschaften wie Innovationsfreude, Eigeninitiative und Risikobereitschaft, aber auch soziale Eigenschaften wie Fairness und Gemeinschaftsgefühl kommen im Sport zur Geltung. Liberale Sportpolitik heißt, den Sport in all seinen verschiedenen Varianten zu fördern: den Spitzensport ebenso wie den Breitensport, den Sport in Schulen, Vereinen, Betrieben, kommerziellen Einrichtungen ebenso wie den Sport als Freizeitgestaltung, Gesundheitsförderung oder Therapie. Wir werden alle Sportarten fördern. Doping ist konsequent zu bekämpfen. Angemessene, gepflegte Sportstätten sind Voraussetzung für den Breitensport. Dem Sport in der Schule kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da hier der Grundstein für eine lebenslang positive Haltung zum Sport gelegt werden kann. Gleichzeitig gewinnt der Seniorensport zunehmend an Bedeutung – für die Sicherung der Lebensqualität von immer mehr Menschen, die auch noch in höherem Alter mit Freude an der Bewegung das Leben genießen wollen.

## Familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen!

Ehe und Familie sind nicht nur Ausdruck persönlicher und sozialer Bindung, sie sind auch das bedeutendste soziale Netz und Grundlage für das Fortbestehen unserer Gesellschaft. Alle Formen des Zusammenlebens von Menschen mit Kindern sind Familien und müssen deshalb unter dem besonderen Schutz des Staates stehen.

Familienpolitik in Mecklenburg – Vorpommern und auch im gesamten Bundesgebiet darf nicht länger nur programmatische oder gar rein deklaratorische Funktion haben, sie muss endlich faktisch Priorität erhalten.

Wir werden uns an den Bedürfnissen der Familien orientieren, die vor allem ihr Leben in die eigenen Hände nehmen wollen, ohne Bevormundung durch den Staat, aber abgesichert durch familienfreundliche Rahmenbedingungen.

Dabei ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eines der wichtigsten Ziele liberaler Familienpolitik. Die FDP wird sich deshalb für ein breites Angebot an flexiblen Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Mecklenburg–Vorpommern einsetzen. Ziel ist, die Kita–Betreuung vom dritten bis sechsten Lebensjahr im Rahmen des Rechtsanspruchs auf einen Kita–Platz kostenlos für die Familien zu gestalten.

Für die FDP sind Kindergärten und –tagesstätten eine willkommene und notwendige Ergänzung der Erziehung in der Familie. Sie fördern nicht nur soziales Verhalten und spielerisches Lernen bei den Kindern, sondern ermöglichen auch Alleinerziehenden die Aufnahme geregelter Arbeit. Die FDP fordert weiterhin eine Gleichstellung von kommunalen und freien Trägern.

Familien müssen steuerlich weiter entlastet werden, damit die Erziehung von Kindern nicht ein sicherer Weg in die Verarmung bleibt. Deshalb wollen wir, dass ein einheitlicher steuerlicher Grundfreibetrag von 7.500,- Euro zur Sicherung des Existenzminimums eines jeden Familienmitgliedes festgesetzt wird. Weiterhin müssen bis zur Einführung des neuen Steuersystems alle Kosten für Tagesbetreuung von Kindern als Werbungskosten steuerlich absetzbar sein.

## Freiheit und Verantwortung kennen keine Altersgrenze!

Ältere Menschen leben und erleben ihre dritte Lebensphase als Verantwortungsphase für sich selbst, für ihre Kinder und Enkel und für die ganze Gesellschaft. Ältere Menschen in Mecklenburg–Vorpommern wollen und brauchen keine Sonderrechte, sondern Akzeptanz ihrer unter unterschiedlichen Lebensbedingungen erbrachten Lebensleistung und gleiche Rechte in Ost und West. Dazu gehört auch die Umsetzung der Beschlüsse des 2. Altenparlaments Mecklenburg–Vorpommerns. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird sich aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Die Liberalen begreifen diese Entwicklung als Herausforderung und Chance zugleich. Seniorenpolitik geht Junge wie Alte gleichermaßen an. Die Liberalen wollen ein Miteinander, nicht ein Gegeneinander der Generationen.

Vorschriften, Gesetze und Regelungen haben die Belange älterer Menschen zu berücksichtigen. Daher fordern wir eine jährliche Generationenbilanz, bundesweite Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz älterer Menschen: „Senioren ans Netz“, eine eigenständige Alterssicherung für Frauen, ein soziales Jahr für Senioren mit Anrechnung auf die Rente, Straßen und öffentliche Gebäude barrierefrei zu gestalten, eine Förderung des integrierten Wohnens mit Generationenmix, die Bildung von Seniorenvertretungen in allen Kommunen.

Die Liberalen fordern eine Aufwandsentschädigung für Senioren und Studenten für ehrenamtliche Tätigkeiten in Höhe der Steuervergünstigung, die sich ergäbe, wenn sie einkommensteuerpflichtig wären.

### Gesund in Mecklenburg-Vorpommern!

Der Zustand des Gesundheitswesens in unserem Land ist symptomatisch für die Gesamtsituation in Mecklenburg-Vorpommern. Aus Mangel an Zukunftschancen und zum Teil ermuntert durch die Landesregierung durch eine Abwanderungsprämie verlassen viele junge Menschen das Land. Es bleiben vor allem die Älteren. Hinzu kommt, dass es die Landesregierung nicht verstanden hat, ausreichend Anreize für junge Menschen zu schaffen, ihrerseits nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. So ergeben sich natürlich im Gesundheitsbereich auch die Probleme einer abnehmenden und älter werdenden Bevölkerung. Die Zahl der Beitragszahler sinkt, die relative Zahl der Leistungsbezieher steigt. Dieses Problem manifestiert sich in der desolaten Lage der Krankenkassen im Land und addiert sich zu den durch verfehlte Gesundheitspolitik auf Bundesebene produzierten Problemen.

Für die Landespolitik ergeben sich daraus für die FDP folgende Themenschwerpunkte:

Auch für die Gesundheitspolitik gilt, jungen Menschen Chancen zu eröffnen, um die Abwanderung zu stoppen. Die Problematik der fehlenden Nachfolger, insbesondere für Arztpraxen im ländlichen Raum. Es darf nicht dazu kommen, dass die Versorgung der Patienten hier nicht mehr gewährleistet ist. Diese wird auch durch die in letzter Zeit verstärkt propagierten Einkaufsmodelle der Krankenkassen gefährdet, da sie eine Tendenz zur Zentralisierung haben.

Das Gesundheitswesen darf nicht nur als Kostenfaktor, sondern muss aktiv als Wirtschaftsfaktor im Gesundheitstourismus betrieben werden. Eine Stärken- und Schwächenanalyse des Landes zeigt eindeutig die Themen Gesundheit, Erholung und Tourismus als Stärken. Diese, auch in Verbindung mit dem Themenbereich Biotechnologie, können uns zu einem der Gesundheitsstandorte in der Mitte Europas machen.

Die FDP fordert den Ausbau der geriatrischen und gerontologischen Forschung und die Fortbildung vor allem der Hausärzte und des medizinischen Personals in Geriatrie und Gerontologie.

Der Patientenstruktur im Land muss stärker auch finanziell Rechnung getragen werden als bisher, z.B. die Faktoren Senioren, Touristen, Krankheitshäufigkeiten.

Auch an Krankenkassen darf man den Anspruch von Effektivität stellen. Zumindest in den Verwaltungsabläufen kann man erwarten, dass eine Kasse die gleiche Effektivität wie eine private Versicherung hat. Davon sind die Kassen weit entfernt. Spätestens bei der nächsten Beitragserhöhung müssen die Kassen gezwungen werden, die hier vorhandenen Einsparungspotentiale auszunutzen. Der Risikostrukturausgleich zwischen Ost und West muss getrennt betrachtet werden, erstens, als der konzerninterne Kassenausgleich, zweitens, als der Ausgleich zwischen Kassen im Allgemeinen. Vor allem Ersterer muss noch verstärkt werden, so betreibt z.B. die Technikerkrankenkasse bereits einen vollkommen selbstverständlichen Ausgleich auch zwischen Ost und West innerhalb des gesamtdeutschen Technikerkonzerns, während z.B. in der AOK durch das Regionalisierungsprinzip keine konzerninterne Solidarität entsteht. Der zweite Risikostrukturausgleich zwischen den sogenannten leistungsstarken und leistungsschwachen Kassen bevorzugt somit Kassen die keine eigene hausinterne Ost-West-Solidarität ausüben und sich einen besonders aufwendigen Verwaltungsapparat leisten.

Für Mediziner als ausbildende mittelständische Unternehmer ist natürlich die Bildung und Ausbildung von Mitarbeitern von größter Bedeutung. Viele Ärzte beschwerten sich immer wieder zu Recht über den Bildungsstand der angehenden Auszubildenden.

Die Angleichung der Tarife ist endlich abzuschließen.

Bundespolitisch kämpft die FDP für den Erhalt der freien Arztwahl, mehr Gerechtigkeit durch befundorientierte Festzuschüsse, eine erhöhte Transparenz im gesamten Kostengeschehen durch Kostenerstattungen und ein differenziertes System von Vertrags- und Wahlleistungen, wobei die solidarisch finanzierten Kernleistungen neu und eindeutig definiert werden müssen. Die gesetzliche Krankenversicherung muss auch von versicherungsfremden Leistungen befreit werden. Das gesamte Gesundheitswesen braucht den Paradigmenwechsel weg von der Therapieorientierung hin zur Präventionsorientierung. Auch in der ärztlichen Praxis muss Innovation honoriert werden und wirtschaftlich möglich sein. Gerade weil die Ärzte im östlichen Teil unseres Landes bald in Konkurrenz zu den polnischen Kollegen stehen werden, müssen wir uns über Qualitätsstandards definieren und diese europaweit implementieren. Es versteht sich von selbst, dass die FDP zur freiberuflichen Selbstverwaltung steht und diese vor staatlichen Bevormundungen schützen wird. Dies gilt auch und vor allem für die Versorgungswerke, die ja auch keine staatlichen Zuschüsse erhalten. Die Freiberufler sind nicht die Reservearmee der maroden Rentenversicherung. Dies ist auch eine Frage der Verlässlichkeit von Politik sowie des Vertrauensschutzes.

### **FDP – Ihre Alternative!**

Wir setzen auf die Menschen in Mecklenburg und Vorpommern. Ihnen wollen wir dienen. Nach den Enttäuschungen und Skandalen der letzten Zeit bieten wir die Alternative. Die bisher im Landtag vertretenen Parteien sind ausgebrannt und durch Macht arrogant geworden. Dies gilt im Besonderen für die gegenwärtige Regierung.

18 % FDP = 100 % Zukunft !